

Stellungnahme von Angelo Lucifero zum außerordentlichen Kündigungsverfahren

Nach zahlreichen Presseveröffentlichung seitens der Ver.di-Landesleitung Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen möchte ich mich nunmehr persönlich zu den erhobenen Vorwürfen gegen meine Person, mit denen die Einleitung eines außerordentlichen Kündigungsverfahrens begründet wurde, äußern.

Die öffentlich sowie im Kündigungsverfahren erhobenen Vorwürfe sind unwahr. Sie sind geeignet, meine gewerkschaftliche und politische Arbeit für die Gewerkschaft Ver.di zu diskreditieren. Sie unterstellen mir überdies strafbares Handeln.

Dies weise ich entschieden zurück.

1. Die Landesleitung wirft mir vor, sie persönlich nach einem Personalgespräch beleidigt zu haben¹. Dass mir eine Suspendierung nur wenige Minuten nach einem Personalgespräch schriftlich ausgefertigt auf einem Hof nach mehr als 26 Jahren hauptamtlicher Arbeit für die Gewerkschaft übergeben wird, ist das Eine. Das Andere, ist die falsche Darstellung meiner Äußerung in dieser Situation. Im Hinblick auf die Veröffentlichungen der NPD und anderer rechtsextremer Strukturen sowie den zeitlichen Zusammenhang zum bevorstehenden Strafprozess, in dem ich mich verantworten muss, weil ich mich gegen einen Angriff durch Rechtsextreme gewehrt habe, habe ich zum Landesleiter sinngemäß gesagt, mit dieser Suspendierung helft ihr „Heil Hitler“. Während der Landesleiter dies im Radiointerview auch bestätigt, behauptet er an anderer Stelle – etwa im Freien Wort vom 05.01.2007 – ich hätte ihn in dieser Form begrüßt. Allein diese unterschiedliche Darstellung durch den Landesleiter verdeutlicht, dass der Kündigungswille schwerer wiegt, als eine tatsachenkonforme Darstellung des Sachverhaltes. Dass mein Vorwurf nicht unberechtigt war, zeigen die Veröffentlichungen der NPD². Dort kündigt der NPD-Kreisvorsitzende an, der Gewerkschaft ver.di beitreten zu wollen, weil ein „einsetzendes Tauwetter innerhalb der Gewerkschaft“ existiere. Diese Äußerungen sollte jede/r GewerkschafterIn als Beleidigung empfinden.
2. Die Unterstellung einer Ankündigung von Gewalt³ ist ebenso absurd wie haltlos. Sie reiht sich aber ein, in eine seit dem 15.03.2007⁴ andauernde Kette von Versuchen, mir eine Neigung zur Gewalt und die Akzeptanz von Gewalt zu unterstellen. Um diesen Vorwurf ein wiederholtes Male auszuräumen, habe ich am 14.12.2007 gesagt: „Wenn ich der Gewalttäter wäre, dann würde das Gewerkschaftshaus einstürzen.“ Mehrfach habe ich gegenüber der Landesleitung deutlich gemacht, dass ich Gewalt ablehne, außer in den Fällen, wo man sich gegen Angriffe auf sein eigenes Leben und das Leben anderer zu Wehr setzen muss. Diese Haltung nun derartig zu verkehren hat verleumderischen Charakter.

¹ „Ja, ich sag mal so, wenn er der Gewerkschaftsführung vorwirft, die rechtsradikalen Bestrebungen zu unterstützen, dann ist das schon ein sehr schwer wiegendes Signal in Richtung fehlendem Vertrauensverhältnisses und fehlende Basis für die Zusammenarbeit.“ [Thomas Voss in Radio Z am 03.01.2008]

² NPD-Erfurt am 22.12.2007 im Internet: „So setzte ver.di endlich die Forderung aller nationalen Kräfte und insbesondere der NPD um und trennte sich von diesem gewerkschaftlich finanzierten Kleinkriminellen.“

³ „Nachdem ihm die Suspendierung schriftlich ausgefertigt überreicht worden war, verabschiedete er sich auf dem Hof von der Landesbezirksleitung mit ‚Heil Hitler‘ und drohte, er werde das Gewerkschaftshaus zerstören.“ [Thomas Voss in Freies Wort vom 05.01.2008].

⁴ der Tag an dem ich mich auf dem Anger mit einer Schreckschusspistole gegen einen Angriff Rechtsextremer wehren musste

3. Die Ver.di-Landesleitung behauptet weiterhin, ich würde meine private Arbeit aus Finanzmitteln der Gewerkschaft finanzieren⁵. Direkt unterstellt mir die Landesleitung damit, ich hätte Mitgliedsbeiträge veruntreut und mich privat bereichert. Die „Karussell“ ist eine im Verantwortungsbereich der Gewerkschaften seit Mitte der 90er Jahre existierende Zeitung, die in den Themenbereichen Billiglohn, Diskriminierung, alter- und neuer Rechtsextremismus informiert, vernetzt und zu Veranstaltungen mobilisiert. Sie erreicht seit Jahren eine Leserschaft weit über Ver.di hinaus. Die Tatsache, dass die „Karussell“ in meiner Verantwortung entsteht, dafür zu nutzen, sie zur Privatsache zu deklarieren, ist unverschämt. Die Ausgaben der „Karussell“ wurden zum Teil privat von mir, zum Teil aber auch durch Ver.di finanziert, in einem Fachbereich von Ver.di existierte ein Beschluss zur Beteiligung an der Veröffentlichung und Herausgabe der „Karussell“, in einem anderen Fachbereich wurde im Rahmen der Haushaltsmittel der Versand mit eingeplant. Die Behauptung der Zweckentfremdung von Haushaltsmitteln ist falsch. Aber das beschämende dabei ist vielmehr noch, dass die Landesleitung darstellt, dass die Inhalte der „Karussell“ nichts mit der gewerkschaftlichen Arbeit zu tun hatten. Viele GewerkschafterInnen sind da anderer Auffassung, insbesondere aber diejenigen, die mit ihren Stimmen auf Landeskonferenzen dafür gesorgt haben, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zur gewerkschaftlichen Aufgabe zwingend dazu gehört.
4. Der letzte Vorwurf, die Verwendung von Ver.di-Verteilern für private Zwecke⁶: Ebenso falsch, ebenso beleidigend für diejenigen, die sich seit Jahren auf eine gewerkschaftliche Vernetzung antirassistischer und antifaschistischer Initiativen in Thüringen gestützt haben. Seit Mitte der 90er Jahre existierte eine Antira-Mailingliste auf den Servern der damaligen HBV. Diese Mailingliste entwickelte sich zu einem zentralen Vernetzungsmittel in Thüringen im Kampf gegen den organisierten Rechtsextremismus und als Diskussionsplattform für AntifaschistInnen, egal ob Mitglied einer Gewerkschaft, oder nicht. Mit dem Zusammenschluss zu Ver.di wurde diese Mailingliste auf den Ver.di-Server übergeleitet, war als Mailingliste antira@verdi.de bis zum Sommer 2007 eine gewerkschaftlich organisierte und abgesicherte Kommunikationsplattform. Begründungs- und informationslos war von einem auf den anderen Tag die Mailingliste verschwunden. Eine Rekonstruktion der langjährigen Ver.di-Mailingliste auf einem anderen Server als private Angelegenheit und als zweckfremde Verwendung von Daten zu charakterisieren, offenbart nun, dass man in der Landesleitung die Mailingliste als antifaschistische Vernetzung offenbar für entbehrlich hält.

Zusammenfassend muss ich feststellen, dass die Landesleitung den Versuch unternommen hat, einen in der Tat seit Jahren bestehenden politischen Konflikt um den Stellenwert gewerkschaftlicher Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus nunmehr mit wahrheitswidrigen und diffamierenden Behauptungen und Unterstellungen arbeitsrechtlich zu lösen.

Mut machen hingegen die hunderten Unterstützungsmails und -faxe, die gegen das Agieren der Landesleitung protestiert haben.

Erfurt, 11.01.2007

Angelo Lucifero

⁵ Wie Thomas Voß, Landesbezirksleiter der Dienstleistungsgewerkschaft, auf jW-Nachfrage bestätigte, wird eine »außerordentliche Kündigung« gegen den hauptamtlichen Gewerkschafter vorbereitet. Der Vorwurf: Lucifero habe »in unzulässiger Weise persönliche politische Arbeit auf Kosten und mit Mitteln der Gewerkschaft ver.di betrieben«. [aus Junge Welt vom 22.12.2008]

⁶ „Er hat ver.di-Verteiler benutzt für private Aktivitäten, die nicht mit der Gewerkschaft abgesprochen waren“ [Thomas Voss in Neues Deutschland vom 08.01.2008]